



WILLKOMMEN!

Flüchtlinge schützen
statt ausgrenzen

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Afrikanische Flüchtlinge versuchen, an der Grenze spanischen Boden zu erreichen. Quelle: L. Tórraga Garrido/Corbis

DIE WELT IST IM UMBRUCH

Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Flüchtlinge. Derzeit sind weltweit fast 60 Millionen Menschen innerhalb oder außerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat es nicht mehr so viele Vertriebene gegeben. Sie suchen Schutz vor Krieg, Verfolgung und existenzieller Not.

Die große Mehrheit der Schutzsuchenden flieht zunächst in Nachbarstaaten. Im Libanon beispielsweise kommen auf vier Millionen Einwohner über eine Million syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Das stellt die betroffenen Staaten vor enorme humanitäre und wirtschaftliche Herausforderungen. Auch wenn nur ein kleiner Prozentsatz der Flüchtlinge Europa erreicht, müssen wir uns der Verantwortung stellen und verfolgten Menschen Schutz und Aufnahme bieten.

EUROPA SCHOTTET SICH AB

In der EU wird Flüchtlingsschutz bisher eher als Schutz vor Flüchtlingen gehandhabt, denn als effektiver Schutz von Flüchtlingen. Europa versucht, seine Außengrenzen hermetisch abzuriegeln. Ein umfassendes System aus flächendeckender Visumpflicht, der Errichtung von Grenzzäunen und der Aufrüstung der europäischen Grenzagentur Frontex führt dazu, dass Fluchtwege immer länger und gefährlicher werden. Pläne zur Auslagerung der Grenzkontrollen nach Nordafrika und für Aufnahmelager in Transitstaaten kommen noch hinzu.

Abschottung ist heute dominierend in der EU-Flüchtlingspolitik. Als Erfolg gilt, wenn möglichst wenige Flüchtlinge in Europa ankommen. Dafür greifen Staaten wie Griechenland auch zu drastischen Mitteln wie „Push backs“. Bei diesen Polizeiaktionen werden Flüchtlinge, die mit ihren Booten schon das rettende Ufer erreicht haben, rechtswidrig wieder aufs offene Meer zurückgeschleppt. Inzwischen möchte die EU ihren „Krieg gegen die Schleuser“ gar mit militärischen Mitteln führen, was die Flüchtlinge noch mehr gefährdet.

DAS MITTELMEER WIRD ZUM MASSENGRAB

In der ersten Jahreshälfte 2015 haben laut UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) bereits 137.000 Menschen über das Mittelmeer Zuflucht in Europa gesucht. Ein Drittel der Männer, Frauen und Kinder, die so nach Griechenland und Italien kamen, sind syrische Staatsangehörige. An nächster Stelle der Herkunftsländer folgen Afghanistan und Eritrea, deren Staatsangehörige ebenfalls zumeist als Flüchtlinge anerkannt werden.

Tausende aber sterben Jahr für Jahr auf der gefährlichen Fahrt über das Mittelmeer. Allein im April 2015 waren es 1.000 Tote, weitere sind absehbar.

Nachdem die von der italienischen Marine koordinierte Operation „Mare Nostrum“ eingestellt wurde, brauchen wir dringend eine zivile europäische Seenotrettung. Dies ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Denn nicht nur das Mittelmeer ist eine tödliche Gefahr. Wer versucht, ohne Papiere auf dem Landweg in langen Fußmärschen oder versteckt in Lastwagen die EU zu erreichen, riskiert den Tod durch Ersticken, Erfrieren, Verhungern und Verdursten – oder wird an der Grenze zurückgeschoben, häufig unter Einsatz von Gewalt.



*Flüchtlinge landen auf der griechischen Insel Kos.
Quelle: S. Palacios/picture alliance*

VERANTWORTUNG NICHT ABWÄLZEN

Flüchtlinge, die es nach Europa schaffen, erwartet statt menschenwürdiger Aufnahme häufig das Gegenteil: überfüllte Auffanglager, überforderte oder ignorante Behörden, oft auch die Abschiebung. Vielerorts wird ihnen der Zugang zum Asylverfahren verweigert – in Staaten wie Ungarn und Bulgarien werden Schutzsuchende pauschal inhaftiert. Sie erhalten keinerlei Unterstützung, sind mittel- und obdachlos und werden häufig Opfer rassistischer Übergriffe.

Das Dublin-System (eine EU-Verordnung) zwingt Schutzsuchende, in dem Land Asyl zu beantragen, in dem sie als erstes EU-Boden betreten. Das ist unsolidarisch, ungerecht und unmenschlich. Und es funktioniert nicht. Wir brauchen eine Politik, die die Bedürfnisse der Flüchtlinge berücksichtigt.

Flüchtlinge müssen die Möglichkeit erhalten, legal in andere EU-Mitgliedstaaten weiterzureisen, insbesondere wenn sie dort Familienbindungen haben. Das wäre ein Akt der Menschlichkeit und zugleich ein Beitrag zu mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

LEGALE WEGE NACH EUROPA ERÖFFNEN

Niemand begibt sich freiwillig auf ein seeuntüchtiges Boot. Dass Menschen es dennoch tun, liegt auch daran, dass ihnen so gut wie keine sicheren Wege nach Europa offenstehen. Das müssen wir ändern.

Es muss Alternativen zur lebensgefährlichen Überquerung des Mittelmeers oder dem Überwinden meterhoher Stacheldrahtzäune in Nordafrika geben. Flüchtlinge müssen die Möglichkeit zur legalen Einreise erhalten. Dazu braucht es humanitäre Aufnahmeprogramme, eine großzügige Erteilung von Visa und unbürokratische Familienzusammenführungen.

Das sogenannte Resettlement, die Umsiedlung gefährdeter oder besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, muss ausgebaut werden.



Die Freiwillige Feuerwehr Feldkirchen erfreut Bewohner des Flüchtlingsheim an einem heißen Tag mit einer Abkühlung. Quelle: Martin Peneder/FF-Feldkirchen

MEHR FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Auch in Deutschland müssen deutlich mehr Schutzsuchende aufgenommen werden.

Die Bundesregierung muss im Rahmen humanitärer Aufnahmen den Zuzug weiterer Flüchtlinge aus Syrien und auch aus dem Irak ermöglichen. Syrische Staatsangehörige, die Bürgerschaften für Verwandte übernehmen, um sie aus dem Krieg zu retten, sollen nicht unbegrenzt finanzielle Risiken eingehen müssen.

Aufnahmeprogramme dürfen jedoch nicht gegen den Zugang zum Asylverfahren ausgespielt werden. Denn jeder Schutzsuchende hat das Recht auf Prüfung seines Antrags in einem fairen Verfahren.

Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung die flüchtlingspolitische Realität anerkennt. Die Zahl der Asylanträge wird auch in Deutschland weiter steigen. Klar muss auch sein: Flüchtlinge, die heute zu uns kommen, werden längere Zeit, vielleicht sogar für immer, bei uns bleiben.

INTEGRIEREN STATT AUSGRENZEN

Jahrzehntlang war die konservative deutsche Politik von dem Grundgedanken geprägt, Asylsuchende von Integration auszuschließen. Ein Katalog diskriminierender Regelungen und Maßnahmen diente der Abschreckung: die Einschränkung der Bewegungsfreiheit („Residenzpflicht“), ein umfassendes Arbeitsverbot, die Unterbringung in Sammellagern und Einschränkungen bei Sozialleistungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Diese inhumane Politik ist integrationsfeindlich und volkswirtschaftlich verfehlt. Sie ist gescheitert. Ein grundlegender Perspektivwechsel ist überfällig. Trotz kleinerer Aufweichungen wie beim generellen Arbeitsverbot verfolgt die Bundesregierung weiterhin eine rückwärtsgewandte Agenda, die auf Abschreckung, Abschottung und Abschiebung zielt.

Die Trennung zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingsgruppen läuft dem Grundgedanken des Asylrechts – der individuellen Prüfung von Fluchtgründen – zuwider. Regelungen, die der Ausgrenzung dienen, sind, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, mit der Menschenwürde nicht vereinbar.



Mit dem Projekt 'Tor zur Freiheit' will das Schauspiel Hannover das Schicksal von Flüchtlingen in Deutschland thematisieren. Quelle: P. Steffen/picture alliance

FLUCHT IST KEIN VERBRECHEN

Eine der rückwärtsgewandten Maßnahmen ist die Abschiebungshaft. Nachdem Flüchtlinge eine Zeit lang nur noch in Ausnahmefällen inhaftiert wurden, will die Bundesregierung jetzt wieder dafür sorgen, dass Schutzsuchende schneller und häufiger in Abschiebungshaft genommen werden. Ein syrischer Flüchtling, der in Ungarn zwar Schutz gefunden hat, aber keine Lebensgrundlage und deshalb zu seinen in Deutschland lebenden Geschwistern will, die ihn aufnehmen und unterstützen könnten, läuft Gefahr inhaftiert zu werden.

Aus der Tatsache, dass er für seine Flucht viel Geld ausgeben musste, wird geschlussfolgert, er wolle sich seiner Rückschiebung entziehen. Es ist absurd: Vom Flüchtling geht Fluchtgefahr aus, deshalb muss man ihn einsperren. Menschen, die nur mit Not ihren Häschern in Syrien oder Eritrea entkommen konnten, gehören nicht ins Gefängnis.

*„Europa hat eine
rechtliche und moralische Verpflichtung*

**Schutzsuchenden zu helfen,
die vor Krieg und Verfolgung
fliehen.**

*Wer dieser Verantwortung
nicht nachkommt, bedroht die*

Grundfeste, die Europa
auszeichnen und die es
so mühsam aufgebaut hat.“

Luise Amtsberg MdB
Sprecherin für Flüchtlingspolitik



Quelle: T.Schneider/Corbis



In dem Modellbetrieb Cucula e. V. baut Moussa Usuman Möbel nach Entwürfen des Designers Enzo Mari, zum Teil mit Brettern der Flüchtlingsboote aus Lampedusa. Quelle: F. Zahn/picture alliance

AUSBILDUNG UND ARBEIT ERMÖGLICHEN

Sprache und Arbeit sind entscheidende Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland. Wir setzen uns für einen frühzeitigen und gleichrangigen Zugang für Asylsuchende zum Arbeitsmarkt ein.

Die seit November 2014 für sie geltende Regelung sollte eine Erleichterung bringen, läuft aber weitestgehend ins Leere. Nicht nur gilt weiterhin das „Vorrangprinzip“, also der Vorrang von deutschen oder anderen privilegierten Staatsangehörigen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, es fehlt in den Arbeitsagenturen und Jobcentern auch an den notwendigen Ressourcen für die Beratung und Vermittlung. Wichtig ist es auch, Sprach- und Integrationskurse für Asylsuchende zu öffnen. Für junge Flüchtlinge, die hier eine Berufsausbildung beginnen, muss es eine sichere Bleibeperspektive geben, nicht nur die Möglichkeit einer begrenzten „Duldung“. Ein gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und Ausbildung setzt zudem voraus, dass ausländische Berufsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden.

FLÜCHTLINGE MENSCHEN- WÜRDIG AUFNEHMEN

Länder und Kommunen stehen aufgrund der stark steigenden Flüchtlingszahlen vor großen Herausforderungen. Aber die Bundesregierung lässt sie mit den Kosten für die Unterbringung und Versorgung weitestgehend allein.

Wir Grüne im Bundestag meinen: Flüchtlingsaufnahme ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Bund muss deshalb vor allem die Kommunen nachhaltig und dauerhaft finanziell entlasten. Es braucht endlich ein umfassendes und langfristiges Konzept zur Aufnahme und Integration. Die Anstrengung darf nicht auf kurzfristige Notunterbringung verengt sein. Große Sammelunterkünfte sind zur Dauerunterbringung ebenso ungeeignet wie Zeltstädte, Container oder Turnhallen. Unterkünfte in entlegenen ehemaligen Kasernen oder Gewerbegebieten stigmatisieren die Menschen, verhindern ihre Integration und fördern Fremdenfeindlichkeit. Grundsätzlich muss versucht werden, Flüchtlinge vorrangig dezentral und in Wohnungen unterzubringen.

FÜRSORGE UND ZUWENDUNG AUSBAUEN

Die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen ist mangelhaft. Die derzeitige Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz gefährdet Menschenleben, weil sie auf akute Schmerzbehandlung begrenzt ist. Daran ändert auch die Einführung einer Gesundheitskarte nichts. Zwar schafft sie die Möglichkeit, ohne vorherige Genehmigung des Sozialamtes einen Arzt oder Ärztin aufzusuchen, aber den Umfang der medizinischen Leistung vergrößert das nicht.

Unser Ziel bleibt die vollständige Abschaffung des diskriminierenden, teuren und bürokratischen Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir setzen uns für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung und insbesondere eine angemessene medizinische und psychosoziale Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen ein.

Minderjährige Flüchtlinge, vor allem unbegleitete, brauchen besonderen Schutz und Fürsorge. Viele von ihnen haben Schreckliches erlebt und leiden darunter. Sie dürfen nicht zum Objekt eines staatlichen Verteilungsverfahrens werden, sondern benötigen Zuwendung und ein sicheres Umfeld.



Die Projekt-Initiatorin „Kiezhelden“ beim Training. Quelle: J.Schmidt/picture alliance

GEMEINSAM GEGEN FREMDENFEINDLICHKEIT

Jüngste Brandanschläge und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte wecken Erinnerungen an die mörderischen Attacken in den 1990er-Jahren. Dazu darf es nicht wieder kommen. Rechtsextremen und Rassisten, die ihre menschenverachtenden Ziele auf dem Rücken der Schwächsten verfolgen, werden wir uns weiterhin frühzeitig und konsequent entgegenstellen. Es gilt Mut zu zeigen. Wichtig ist aber auch die rechtzeitige und ernsthafte Kommunikation mit der Nachbarschaft von Flüchtlingseinrichtungen, um Ängste und Vorurteile gerade bei denen abzubauen, die bisher keine Erfahrung im persönlichen Umgang mit Flüchtlingen hatten.

Wir erleben in Deutschland auch eine große und ermutigende Solidarität mit den geflüchteten Menschen. Landauf landab haben Bürgerinnen und Bürger sich engagiert und Initiativen zur Unterstützung von Asylsuchenden ergriffen. Das wollen wir stärken und fördern.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Luise Amtsberg MdB, Sprecherin für Flüchtlingspolitik
Arbeitskreis 3: Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- &
Gesellschaftspolitik
TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552,
info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

» gruene-bundestag.de » Asyl

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 18/5095 Asylsuchende bei Arbeit und Ausbildung unterstützen
(Antrag)
- 18/4695 Seenotrettung jetzt – Konsequenzen aus Flüchtlings-
katastrophen (Antrag)
- 18/4694 Faire Verantwortungsteilung bei der Aufnahme von
Flüchtlings (Antrag)
- 18/3154 Aufnahme von syrischen und irakischen Flüchtlingen
(Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Gestaltung: Jakina U. Wesselmann
Stand: August 2015, Schutzgebühr: 0,05 €

